

Zusätzliche Vertragsbedingungen

Öffentliche Ausschreibung
AOK033353-383

**„Rahmenvertrag
Konferenzraummonitore und Halterungssysteme“**

für die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland
Die Gesundheitskasse

Anlage 5

§1 Vertragsgegenstand

Die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse (nachfolgend Auftraggeberin genannt) schreibt den unternehmensweiten Bedarf an Monitoren als Präsentationstechnik für Besprechungsräume, sowie passende Halterungssysteme, in Form einer „Öffentlichen Ausschreibung“ als Rahmenvertrag aus.

§2 Vertragsbestandteile

Bestandteile dieses Vertrages sind in der Bedeutung ihrer Reihenfolge folgende Unterlagen:

- Inhalte der Vergabeunterlagen der öffentlichen Ausschreibung AOK033353-383 „Rahmenvertrag Konferenzraummonitore und Halterungssysteme“ für die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse
- Angebotsunterlagen
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn die Auftraggeberin in Kenntnis solcher Geschäftsbedingungen Leistungen des Auftragnehmers vorbehaltlos annimmt.

§3 Preise

(1) Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung und Beförderung bis zur Lieferstelle, wenn in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2 der Vergabeunterlagen**) nichts anderes angegeben ist.

(2) Die im Einzelpreisblatt (**Anlage 4**) angegebenen Preise gelten für die Dauer von 12 Monaten ab Vertragsbeginn. Nach Ablauf dieser Preisbindung ist eine Anpassung der Preise nur zulässig, soweit sich die für die Leistungserbringung maßgeblichen Kostenbestandteile nachweislich verändert haben. Die Anpassung ist auf die nachgewiesene Kostenveränderung begrenzt und darf 10 % des jeweiligen Angebotspreises nicht überschreiten. Der Nachweis ist durch den Auftragnehmer zu erbringen. Die angepassten Preise gelten jeweils für weitere 12 Monate.

(3) Im Falle einer optionalen Vertragsverlängerung gelten die zuletzt vereinbarten Preise fort. Eine Preisanpassung ist nur zulässig, soweit sich die für die Leistungserbringung maßgeblichen Kostenbestandteile seit der letzten Preisfestsetzung nachweislich verändert haben. Die Anpassung ist auf die tatsächliche Kostenveränderung begrenzt. Kostensenkungen sind entsprechend zu berücksichtigen. Absatz (2) gilt entsprechend. Der Auftragnehmer hat die Preisanpassung spätestens 5 Monate vor Ablauf des laufenden Vertragsjahres (bis 31.01.2028) schriftlich und prüffähig zu beantragen.

(4) Etwaige Patentgebühren, Lizenzvergütungen o.ä. sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

Anlage 5

§4 Rechnungen

(1) Die Rechnung ist – wie in der Leistungsbeschreibung (**s. Punkt 7 der Anlage 2**) angegeben – nach Leistungserfüllung mit allen entsprechenden Positionen zu stellen.

(2) Bei den Rechnungsstellungen ist die in der Leistungsbeschreibung genannte Rechnungsanschrift zu beachten. Die Beschaffungsnummer „AOK033353-383“ muss auf allen Rechnungen vermerkt sein. Bei jedem anderweitigen Schriftwechsel ist ebenfalls die Beschaffungsnummer „AOK033353-383“ anzugeben, damit eine Zuordnung möglich ist.

(3) Die Rechnung ist mit dem Vertragspreis ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) auszustellen. Der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

(4) Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach förmlicher Abnahme der Leistungen und Eingang einer prüfbaren Rechnung bargeldlos. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit ist der Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut der Auftraggeberin. Darüber hinaus gelten die Zahlungsbedingungen gemäß Einzelpreisblatt (**Anlage 4**) des Angebotes.

(5) Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

(6) Vorauszahlungen werden nicht geleistet.

§5 Vertragsdauer

(1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung und endet am 30.06.2028.

(2) Er verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn er nicht bis zum 29.02.2028 von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wurde. Spätestens zum 30.06.2029 endet der Vertrag, ohne dass es einer besonderen Kündigung bedarf.

(3) Betreffen organisatorische Veränderungen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung die Standortpolitik der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse (oder deren Rechtsnachfolger) oder verändert sich der Organisations- und Aufgabenbereich der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse durch Gesetze oder andere Organisationsakte erheblich, steht den Vertragspartnern ein Sonderkündigungsrecht zu. In diesem Fall kann der Vertrag mit einer Frist von 4 Wochen zum Quartalsende gekündigt werden.

(4) Der Vertrag kann aus wichtigem Grund fristlos gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- ein Bestandteil der Eignungsvoraussetzungen entfällt; handelt es sich um eine Bietergemeinschaft, gilt dieser Kündigungsgrund mit Bezug auf jedes Mitglied der Bietergemeinschaft,
- der Leistungserbringer trotz Abmahnung wiederholt wesentliche Pflichten aus diesem Vertrag oder der Leistungsbeschreibung verletzt,

Anlage 5

- der Leistungserbringer gesetzliche oder vertragliche Datenschutzbestimmungen verletzt,
- die Kündigung zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher, gesetzlicher oder gerichtlicher Anordnungen gegenüber der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse geboten ist,
- der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden,
- bei mindestens grob fahrlässiger und erheblicher Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 6 des rheinlandpfälzischen Landestariftreuegesetzes (LTTG) durch den Auftragnehmer,
- gegen die in **Anlage 10** der Vergabeunterlagen „Erklärung Sanktionen EU“ aufgeführten Punkte verstoßen wird*.

*Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass es nach Art. 5k Abs. (1) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren in der derzeit geltenden Fassung, verboten ist,

„(1) [...] öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland ansässige natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.“

Verträge werden daher nur mit Unternehmen geschlossen, die nicht unter diese (bzw. die zum Zeitpunkt der Auftragserteilung geltenden) Sanktionsbestimmungen fallen. Bewerber/Bieter, die darunterfallen, werden ausgeschlossen. Gleiches gilt für Bietergemeinschaften, bei denen ein Bietergemeinschaftsmitglied unter eine der genannten Sanktionsbestimmungen fällt.

(5) Sollte der von der Auftraggeberin kalkulierten Höchstbetrag (in EUR) erreicht werden, endet der Rahmenvertrag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

- Der Höchstbetrag dieses Rahmenvertrages beträgt: 123.892,45 EUR netto

Anlage 5

§6 Vertragsstrafe

(1) Für den Fall des Lieferverzuges gilt eine Vertragsstrafe in Höhe der nach § 11 Nr. 2 VOL/B maximal zulässigen Vertragsstrafe (je Werktag) als vereinbart

(2) Zur Sicherung der Einhaltung der dem Auftragnehmer obliegenden Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 6 des rheinlandpfälzischen Landestariftreuegesetzes (LTTG) gelten nachfolgend genannte Vertragsstrafen als vereinbart:

a) Der Auftragnehmer hat für jeden schuldhaften Verstoß gegen die in Satz 1 genannten Pflichten eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v. H. des Auftragswertes an die Auftraggeberin zu zahlen.

b) Bei mehreren Verstößen, gegen die in Satz 1 genannten Pflichten, ist die Summe der Vertragsstrafen auf 10 v. H. des Auftragswertes begrenzt.

c) Die Vertragsstrafe nach a) bzw. die Vertragsstrafen nach b) sind auch dann an die Auftraggeberin zu zahlen, wenn der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und der Auftragnehmer den Verstoß kannte oder kennen musste.

Hiervon ausgenommen sind Auftragnehmer, welche beabsichtigen, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, welche durch einen Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beschäftigt sind.

Entsprechendes gilt auch für Auftragnehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat, welche beabsichtigen, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von dort beschäftigten Arbeitnehmern ausführen zu lassen.

§7 Beachtung der Grundprinzipien und Kernarbeitsnormen der IAO

(1) Der Auftragnehmer und seine Unterauftragnehmer sind verpflichtet, bei der Ausführung des Auftrages die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit gemäß der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vom 18.06.1998 einzuhalten. Es sind dies:

Die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen,
die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit,
die Abschaffung der Kinderarbeit und
die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

(2) Auftragnehmer und Unterauftragnehmer sind insbesondere verpflichtet, bei der Ausführung des Auftrages die Vorschriften einzuhalten, mit denen die entsprechenden Kernarbeitsnormen der IAO in nationales Recht umgesetzt worden sind; bei den Kernarbeitsnormen handelt es sich um die Übereinkommen:

Nr. 29	Zwangs- oder Pflichtarbeit
Nr. 87	Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes
Nr. 98	Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen
Nr. 100	Gleichheit des Entgelts
Nr. 105	Abschaffung der Zwangsarbeit
Nr. 111	Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf
Nr. 138	Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung
Nr. 182	Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit

Anlage 5

Maßgeblich sind dabei die Vorschriften des Landes, in dem der Auftragnehmer oder seine Unterauftragnehmer bei der Ausführung des Auftrages jeweils tätig werden. Handelt es sich dabei um ein Land, das eine oder mehrere Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert oder nicht in nationales Recht umgesetzt hat, so sind Auftragnehmer und Unterauftragnehmer verpflichtet, die inner-staatlichen Vorschriften mit gleicher Zielsetzung wie die betreffende Kernarbeitsnorm einzuhalten.

(3) Bei Sachlieferungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, nur solche Waren zu liefern, bei deren Herstellung die in Absatz 1 erwähnten Rechte und Prinzipien sowie die in Absatz 2 erwähnten Vorschriften eingehalten wurden. Herstellung in diesem Sinne umfasst die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung und alle folgenden Be- und Verarbeitungen. Wesentlich ist eine Be- oder Verarbeitung dann, wenn sie nach dem Zollrecht der EU den Ursprung der Ware in dem betreffenden Land begründet.

(4) Verstößt der Auftragnehmer oder einer seiner Unterauftragnehmer gegen eine Regelung der Absätze 1 bis 3, so kann die Auftraggeberin eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 % des vertraglich vorgesehenen Entgelts (ohne Umsatzsteuer) verlangen. Betrifft der Verstoß nur einen Teil der Leistung, so fällt die Vertragsstrafe anteilig an.

(5) Bei einem Verstoß gegen eine Regelung der Absätze 1 bis 3 handelt es sich um eine erhebliche Pflichtverletzung des Auftragnehmers, so dass die Auftraggeberin vom Vertrag zurücktreten und Schadensersatz verlangen kann. Weitere gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§8 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

(1) Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie personenbezogene Daten sind zu schützen. Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass die für ihn einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die über den Datenschutz (u.a. EU DSGVO) beachtet werden. Eine nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung der vom Auftragnehmer eingesetzten Personen auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und der Auftraggeberin auf Verlangen nachzuweisen.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Rahmen dieses Vertrages bekanntwerdenden nicht öffentlich bekannten Daten, vertraulich zu behandeln, ausschließlich für die Erfüllung des Vertragszwecks zu nutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.

(3) Der Auftragnehmer wird bei der Geheimhaltung die gleiche Sorgfalt anwenden, mit der er eigene Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse schützt. Der Auftragnehmer wird die Informationen nur den Mitarbeitern zugänglich machen, die diese Informationen zur Erfüllung der vertraglichen Aufgaben benötigen und die eine entsprechende Geheimhaltungsverpflichtung übernommen haben oder aufgrund ihres Arbeitsvertrages mit dem Auftragnehmer zu entsprechender Geheimhaltung verpflichtet sind. Nach Aufforderung hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin diese überlassenen Unterlagen unverzüglich herauszugeben oder deren Vernichtung nachzuweisen; an solchen Unterlagen steht dem Auftragnehmer kein Zurückbehaltungsrecht zu.

(4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Datenschutzverletzungen – auch durch seine Mitarbeiter – unverzüglich an die Auftraggeberin zu melden. In diesem Falle hat der Auftragnehmer sofort alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten zu treffen und weitere Anweisungen durch die Auftraggeberin abzuwarten.

Anlage 5

(5) Die vorstehende Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Beendigung des Vertrages auf unbestimmte Zeit fort. Sie gilt nicht für Informationen, die allgemein bekannt sind oder werden, ohne dass dies der Empfänger zu vertreten hat, oder dem Empfänger von einem Dritten ohne Geheimhaltungsverpflichtung mitgeteilt bzw. überlassen werden, oder aufgrund einer vollstreckbaren behördlichen oder richterlichen Entscheidung oder eines Gesetzes zu offenbaren sind, oder von dem überlassenden Vertragspartner zur Bekanntmachung schriftlich freigegeben worden sind. Die Beweislast für das Vorliegen eines Ausnahmetatbestandes trägt der Auftragnehmer.

§9 Auskunftserteilung an die Aufsichtsbehörde

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, der Auftraggeberin auf Verlangen alle Unterlagen vorzulegen und über alle Tatsachen Auskunft zu erteilen, die zur Ausübung des Aufsichtsrechts über die Auftraggeberin aufgrund pflichtgemäßer Prüfung der Aufsichtsbehörde der Auftraggeberin erforderlich sind.

§10 Schriftform

Vertragsänderungen sowie alle weiteren vertragsrelevanten Erklärungen, Mitteilungs- und Dokumentationspflichten bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieses Schriftformerfordernisses.

§11 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrags ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

§12 Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort für alle vertraglichen Verpflichtungen ist der Sitz der Auftraggeberin. Bei Meinungsverschiedenheiten sollen Auftraggeberin und Auftragnehmer zunächst versuchen, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Gelingt dies nicht, ist der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag das für den Sitz der Auftraggeberin zuständige Gericht.

§13 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein, soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt werden. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine nach dem Sinn und Zweck des Vertrages angemessene Regelung gelten.